

Von illegitimen und verabscheuungswürdigen Schulden

Nach der Wende hatte Deutschland ein Problem: Wohin mit den ganzen Beständen der Nationalen Volksarmee der DDR? Kurzerhand verkaufte die Bundesrepublik 39 ausrangierte NVA-Kriegsschiffe nach Indonesien. Was interessierte es da, dass die Schiffe, anders als vereinbart, nicht bloß zur Sicherung von Seewegen vor Piraten eingesetzt wurden, sondern offenbar auch im Kampf gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Osttimor und später gegen die Aufständischen in der Provinz Aceh – dass also Deutschland Hilfe zu Menschenrechtsverletzungen leistete.

Zu den scheinbar günstigen 20 Mio. DM für die Schiffe kamen noch 475 Mio. DM für die Umrüstung der Schiffe – natürlich auf deutschen Werften. Für die Finanzierung gab es Kredite der bundeseigenen KfW-Bank sowie staatliche Hermesbürgschaften.

Wie kam es zu diesem Deal? Spielten Schmiergelder eine Rolle? Der indonesische Minister, der alles eingefädelt hatte, heißt BJ Habibie. Der Absolvent der TH Aachen, Ex-Manager des Rüstungskonzerns Messerschmitt-Bölkow-Blohm und spätere Präsident Indonesiens war ein Freund von Ex-Verteidigungsstaatssekretär Ludwig-Holger Pfahls,

der im Zusammenhang mit Schmiergeldern der Rüstungslobby ins Gefängnis wanderte, und von Helmut Kohl. Dessen Akten über die CDU-Parteispendenaffäre wurden in Habibies Haus nahe Hamburg vermutet. Die Staatsanwaltschaft wollte das offenbar lieber nicht so genau wissen und stellte das Verfahren ein.

Doch ganz egal, unter welcher dubiosen Bedingungen die Schulden zustande kamen – Indonesien blieb jedenfalls darauf sitzen. Die Gesamtverschuldung des Landes aus verschiedenen Projekten gegenüber Deutschland beläuft sich inzwischen auf 1,67 Mrd. €. Übrigens schätzt die Weltbank, dass fast ein Drittel ihrer Kredite in der Suharto-Zeit direkt in die Taschen des Diktators floss.

Hohe Verschuldung – fragwürdiger Nutzen

Die BRD hat in den vergangenen Jahrzehnten zahlreiche Kredite und Hermesbürgschaften an Entwicklungsländer vergeben, bei denen bekannt war, dass es sich um undemokratische, oft korrupte Regime handelte und dass das Geld für sehr umstrittene Zwecke eingesetzt wurde.

Zum Beispiel Argentinien: 1980 erteilte die dortige Militärdiktatur der deutschen KWU/Siemens den Auftrag zum Bau eines AKW, das damals 1,6 Mrd. US-\$ kosten sollte. Die nötigen Kredite wurden von der Hermes-Versicherung abgesichert. Das AKW ist bis heute nicht in Betrieb gegangen – die aufgelaufenen Schulden aber mussten trotzdem bedient werden. Das höchste argentinische Gericht hat 2000 diese Schulden für illegitim erklärt.

Zum Beispiel Bolivien: 1984 wurde in Karachipampa im Anden-Hochland bei Potosí eine riesige, hochmoderne Blei-Silber-Hütte für knapp 100 Mio. US-\$ gebaut. Auch diese ist nie in Betrieb gegangen. Die Planungen fanden noch unter der Militärdiktatur von Hugo Banzer statt, zu welcher der deutsche Klöckner-Konzern beste Kontakte hatte. Das Bundesentwicklungsministerium war sich sehr wohl darüber bewusst, dass das Projekt weniger für Bolivien interessant war als vielmehr für den Klöckner-Konzern, der eine Pilotanlage für eine neuartige Technologie brauchte. Das Problem: das genutzte Verfahren funktioniert nur im kontinuierlichen Betrieb. Den aber konnte Bolivien wegen rapide abnehmender Erzfördermengen gar nicht gewährleisten. Auch dies war bekannt. Trotzdem stellten die staatliche KfW-Bank und die Dresdner Bank – abgesichert durch eine Hermes-Bürgschaft – 61,5 Mio. € zur Verfügung. Karachipampa war der Tropfen, der das bolivianische Schuldenfass zum Überlaufen brachte. Ab 1984 konnte Bolivien seine Schulden nicht mehr bedienen.



Norwegen bekennt sich zu seiner Verantwortung

Auch Norwegen hatte Probleme mit Schiffen, genauer mit seiner Werftindustrie, die in den 1970er-Jahren in die Krise geriet. Auch Norwegen kam auf die Idee, Deals mit Entwicklungsländern abzuschließen. 21 Staaten erhielten Kredite, um 156 norwegische Schiffe im Wert von zusammen 594 Mio. US-\$ zu kaufen. Die Zinsen aber stiegen kurz danach. Bis 1987 hatten schon zwölf der Entwicklungsländer einen Zahlungsaufschub beantragen

müssen. Und wofür? Da sich auch völlig unerfahrene norwegische Unternehmen die lukrativen Aufträge an Land zogen, waren manche Schiffe aus zu weichem Stahl gebaut und mussten vom Empfängerland aufwändig umgebaut werden, während von Ägypten geordnete Nil-Kreuzfahrtschiffe fast absoffen, weil sie für Salzwasser gebaut waren statt für Flusswasser, das einen geringeren Auftrieb hat.

Entschuldungsinitiativen nahmen sich den Fall Ecuador näher vor. Dort waren die angeblichen Entwicklungshilfekredite einem Privatunternehmen zugute gekommen, das dafür Bananenschiffe für 56,9 Mio. US-\$ kaufte. Nach dessen Konkurs gingen die Schulden auf den Staat über. Die Schiffe wurden unter zwielichten Umständen an einen unbekanntem Käufer verkauft – die Schulden blieben. Aus der Recherche wurde eine Kampagne für die Streichung der für illegitim befundenen Schulden, darunter eine Anhörung auf dem norwegischen Sozialforum, Flugblattaktionen und Lobbying. Mit Erfolg: im Oktober 2006 übernahm die Regierung in Oslo die Verantwortung für die Schulden, mit denen Entwicklungsländer die norwegische Schiffbaubranche retten sollten. Fünf Ländern wurden zusammen 80 Mio. € erlassen.

Ein kleiner Betrag, aber ein starkes Signal an andere Regierungen des Nordens. Denn wenn diese Schulden erlassen, geht es bislang immer nur darum, ob die ärmsten Länder zahlen können oder nicht. Der norwegische Fall aber behandelt eine ganz andere Frage: Sollen sie überhaupt in allen Fällen zahlen? Oder sind die Schulden auf unrechtmäßige Weise zustande gekommen und die Kreditverträge damit sittenwidrig?



Oliver Ressler: „235.000.000.000 / 777.000.000.000.000“ eBoard am Hauptbahnhof Zürich, weitere Infos: www.ressler.at